

Müller, Klaus-Peter; Weber, Manfred

Working Paper

Versagt die soziale Marktwirtschaft? Deutsche Irrtümer

Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 05/8

Provided in Cooperation with:

Institute for Economic Research, University of Freiburg

Suggested Citation: Müller, Klaus-Peter; Weber, Manfred (2005) : Versagt die soziale Marktwirtschaft? Deutsche Irrtümer, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 05/8, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik, Freiburg i. Br.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/4355>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer

Von Klaus-Peter Müller/Manfred Weber
05/08

Freiburger

Diskussionspapiere

zur Ordnungsökonomik

Freiburg

Discussion Papers

on Constitutional Economics



**Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik
Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics**

05/08

ISSN 1437-1510

Walter Eucken Institut, Goethestraße 10, D-79100 Freiburg i. Br.

Tel.-Nr.: +49 +761 / 79097 0; Fax-Nr.: +49 +761 / 79097 97

<http://www.walter-eucken-institut.de>

Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung; Abteilung für Wirtschaftspolitik;

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, D-79085 Freiburg i. Br.

Tel.-Nr.: +49 +761 / 203 2317; Fax-Nr.: +49 +761 / 203 2322

<http://www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/wipo/>

Zusammenfassung

Deutschland ist verunsichert. Umfragen belegen, dass das Vertrauen der Bürger in unsere Wirtschaftsordnung seit Jahren schwindet. Die Ursachen hierfür liegen jedoch nicht im System der sozialen Marktwirtschaft begründet. Es ist vielmehr immer wieder so, dass die Politik Versprechungen macht und Erwartungen weckt, die sich als unrealistisch erweisen. Dies führt zwangsläufig zu Enttäuschungen und schädigt das Vertrauen in die Politik nachhaltig. Anders herum: Die mangelnde Entschlossenheit bei der Umsetzung notwendiger Reformen führt schließlich dazu, dass Reformen per se negativ wahrgenommen werden.

Die Rolle des Staates als wirtschaftspolitische Ordnungskraft wird gerade auch im Zusammenhang mit der Globalisierung immer wieder unterschätzt. Es trifft aber nicht zu, dass der Staat seine Gestaltungsmöglichkeiten im internationalen Standortwettbewerb um internationale Investoren verloren hat. Beispiele anderer Länder zeigen, dass die Politik nach wie vor über wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum verfügt. Die globalisierungsbedingten Anpassungen können durch eine entschlossene Reformpolitik durchaus erfolgreich gemeistert werden, wenn der Staat auch für sich den internationalen Wettbewerb akzeptiert und den erforderlichen Strukturwandel durch entschlossene Reformen vorantreibt.

Hinter der Befürchtung, der Staat könnte seinen Aufgaben in der globalisierten Welt nicht mehr gerecht werden, stecken im Grunde die

selben Impulse, die auch zu einem Ausufernden unserer Sozialsysteme geführt haben: eine tiefgreifende politisch beförderte Anspruchshaltung der Bürger in Bezug auf staatliche Leistungen und eine zu starke Betonung sozialer Gleichheit. Schon Ludwig Erhard warnte davor, dass der allumfassende Versorgungsstaat Leistungsbereitschaft, persönliche Initiative und das Verantwortungsbewusstsein der Menschen lähme. Dem ursprünglichen Leitbild der sozialen Marktwirtschaft entsprechend sollte der Staat die Regeln des Wettbewerbs festlegen und über deren Einhaltung wachen, selbst aber nicht in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. In diesem Sinne müssen Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Risikobereitschaft in unserer Gesellschaft wieder stärker entwickelt werden.

Die Rollenverteilung zwischen Wirtschaft, Staat und Bürgern muss neu bestimmt werden. Der Staat sollte sich wieder auf seine wesentliche Aufgabe konzentrieren und die Rahmenbedingungen so setzen, dass sie eine nachhaltig positive Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichen. Es mangelt den Bürgern nicht an Reformwillen, wohl aber an Vertrauen in die politische Reformfähigkeit. Nur mit einem Mentalitätswechsel und in sich schlüssigen Reformen kann es gelingen, das dringend benötigte Vertrauen der Bürger in unser Wirtschaftssystem wiederherzustellen. Die soziale Marktwirtschaft hat nämlich keineswegs versagt. Sie ist und bleibt das beste bekannte Ordnungssystem, in dem soziale Verantwortung mit einem hohen Maß individueller Freiheit möglich ist.

Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer

Von Klaus-Peter Müller und Manfred Weber¹

Haben die Deutschen das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft verloren? Nicht nur ausländische Beobachter blicken mit Verwunderung auf die seit einiger Zeit in Deutschland zum Teil heftig und emotional geführte Debatte über unsere Wirtschaftsordnung. In einer ungunstigen Mischung aus Wahlkampfrhetorik und überwunden geglaubten Vorurteilen über die „Macht des Kapitals“ sind alte ideologische Fronten wieder aufgebrochen, die den gesellschaftlichen Konsens zu unserem Wirtschaftssystem in Frage stellen. Die Diskussion mag aus wahltaktischen Überlegungen angestoßen worden sein, aber ihre Gründe und Hintergründe – das zeigen das Ausmaß und die Art der Reaktionen – reichen tiefer: Die seit dem Ende des 2. Weltkriegs in der Bundesrepublik kontinuierlich nach oben gerichtete Wachstums- und Wohlstandsdynamik ist gegen Anfang der neunziger Jahre ins Stocken geraten. Wirtschaftliche Krisensymptome mehrten sich, das Wirtschaftswachstum stagniert nahezu, und die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. In der Bevölkerung wachsen vor diesem Hintergrund die Zweifel, ob die soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft jenen ökonomischen Mehrwert schaffen kann, der den sprichwörtlich gewordenen „Wohlstand für alle“ sichert und den sozialen Frieden auch künftig bewahren hilft.

Politische, wirtschaftliche und psychologische Ursachen der „Kapitalismus-Kritik“

Die Sorge, Deutschland könnte in einem schneller und härter werdenden globalen Wettbewerb weiter zurückfallen, ist in gewisser Hinsicht durchaus verständlich. Doch es gilt, die Dimensionen zurechtzurücken: Deutschland verfügt als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt nach wie vor über eine leistungsfähige Wirtschaft, ein Vertrauenskapital belastbarer Arbeitsbeziehungen und einen relativ hohen, in breite gesellschaftliche Schichten hineinreichenden Wohlstand. Zu Panik besteht ebenso wenig Anlass wie zu ideologischer Übertreibung: Wer allen Ernstes behauptet, in Deutschland grassiere ein „ungezügelter Kapitalismus“, in dem die Unternehmen nur noch eine kalte Gewinnmaximierung verfolgten – zu Lasten der Arbeitnehmer und letzten Endes der gesamten Gesellschaft –, der hat Maß und Ziel verloren.

Bei allem Verständnis für die persönlichen Sorgen und Nöte in der Bevölkerung: Dass solche und ähnliche Ansichten heute bei vielen Menschen offenbar Gehör finden, zeigt zunächst einmal, dass über das Funktionieren

1) Klaus-Peter Müller ist Sprecher des Vorstands der Commerzbank AG und Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Burgstraße 28, 10178 Berlin; Manfred Weber ist Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstands des Bundesverbandes deutscher Banken sowie Honorarprofessor an der Universität Potsdam.

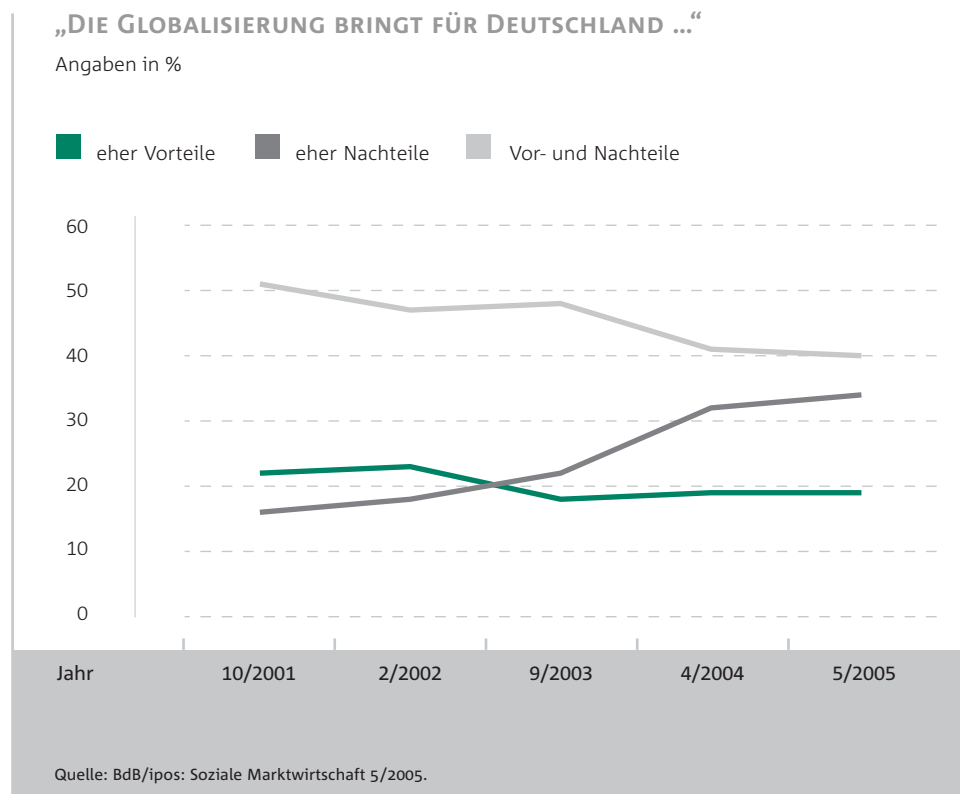
einer Marktwirtschaft in unserer Gesellschaft einige gravierende Missverständnisse bestehen. Es sind im Grunde dieselben Irrtümer, die die wirtschaftlichen Probleme, vor denen wir ja nicht erst seit heute stehen, mit verursacht haben und ihrer Lösung im Wege stehen.

Letztendlich spiegeln sich in der Tiefendimension der gegenwärtigen „Kapitalismus-Kritik“ die gleichen Mentalitäten, die auch für den lähmenden Reformstau in Deutschland verantwortlich zeichnen: vor allem eine übertriebene Skepsis gegenüber der Globalisierung und eine oft missverstandene Rolle des Staates

in der Marktwirtschaft. Soll der in vieler Hinsicht destruktiven und für den Wirtschaftsstandort nicht förderlichen Diskussion doch noch eine konstruktive und positive Wendung gegeben werden, müssen wir uns mit der Aufklärung und Beseitigung dieser Fehlentwicklungen auseinander setzen.

Ungeklärtes Verhältnis zur Globalisierung

Die Verunsicherung vieler Deutscher angesichts hoher Arbeitslosigkeit und einer seit Jahren schwachen Wirtschaftsentwicklung ist mit



Händen zu greifen. In Teilen der Politik und weiten Kreisen der Öffentlichkeit wird für diese Lage ausgerechnet jene Entwicklung verantwortlich gemacht, der die Deutschen seit Jahrzehnten einen Großteil ihres Wohlstands zu verdanken haben: die Globalisierung. Sie ist in den letzten Jahren fast schon zum Synonym für den Verlust des Vertrauten und die Bedrohung durch das Unbekannte geworden.

Paradox ist diese Situation allemal: Ausgerechnet der Exportweltmeister Deutschland sieht sich auf der Verliererseite einer Entwicklung, aus der er bislang großen Nutzen gezogen hat und auch künftig ziehen kann, wenn er sich nur auf die Herausforderungen einzustellen weiß. Doch anstatt sich mit Mut und Zuversicht dieser Aufgabe zu stellen, herrscht gesellschaftliche Verzagtheit: Viele fühlen sich offenbar nahezu ohnmächtig und hilflos der Globalisierung ausgeliefert. Es läge mit in der Verantwortung der Politik, solchen verzerrten Wahrnehmungen entgegenzuwirken und nicht – wie in der aktuellen Debatte teilweise geschehen – vorhandene Ängste zu schüren. Denn zu einem Verlierer der Globalisierung wird Deutschland am Ende allenfalls dann, wenn nur die Risiken gesehen, nicht aber die sich bietenden Chancen erkannt und genutzt werden.

Zu der weit verbreiteten, gleichwohl falschen Wahrnehmung der Globalisierung zählt bereits das Missverständnis, sie sei plötzlich über uns hereingebrochen, hätte die bisherigen Spielregeln des wirtschaftlichen Handelns gleichsam über Nacht außer Kraft gesetzt und damit auch die soziale Marktwirtschaft in ihrem Fundament erschüttert. Richtig ist, dass sich

die Weltwirtschaft von heute durch einen spürbar intensivierten Wettbewerb auszeichnet, in den zunehmend auch Länder eingebunden sind, die bislang kaum in den Welthandel integriert waren. Doch dass die neuen Partner nunmehr zu Wettbewerbern werden, ist nicht zuletzt Folge eines Aufholprozesses in den Schwellenländern und des Zusammenbruchs der planwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa vor nun gut fünfzehn Jahren – eine Entwicklung, die vor allem im deutschen Interesse lag und deren Nutzen auch heute niemand ernsthaft in Frage stellt. Es wäre auch sehr sonderbar, wollten wir diesen Ländern nun die Entwicklungschancen missgönnen, die die Bundesrepublik in der Nachkriegszeit selbst erhalten hat, um ihre Wirtschaft zu entwickeln. Dafür gäbe es auch keinen überzeugenden ökonomischen Grund. Denn internationaler Handel ist kein Nullsummenspiel, bei dem eine Gruppe von Staaten zwangsläufig das verliert, was die anderen hinzugewinnen. Alle können gewinnen. Der steigende Wohlstand in vielen Weltregionen schafft gerade für technologisch und qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen deutscher Unternehmen neue Absatzmärkte.

Auch die größere Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit – ein weiteres Merkmal der Globalisierung – beruht zu einem großen Teil auf dem politisch erwünschten Zusammenwachsen Europas und anderer Weltregionen. Die stete Fortentwicklung der Technologie wiederum zeichnet den Prozess der Industrialisierung seit mehr als 150 Jahren aus. Was wir im Zuge der Globalisierung beobachten, sind also keine grundsätzlich

neuen Tatbestände wirtschaftlichen Handelns. Qualitativ neu ist allenfalls das Tempo der technologischen Entwicklung, insbesondere im Kommunikationsbereich, was dazu führt, dass vormals nicht handelbare Güter auf Grund gesunkener Informations- und Transaktionskosten nun internationaler Konkurrenz ausgesetzt sind.

Der eigentliche Gewinner dieser Entwicklungen ist der Bürger als Konsument. Denn er profitiert ganz unmittelbar von einem verbesserten Güterangebot: einer vielfältigen Produktauswahl und preisgünstigen Waren und Dienstleistungen. Ungeachtet der Tatsache, dass die Verbraucher längst zu den größten Nutznießern des globalen Marktes geworden sind, bildet sich aber zunehmend eine zwiespältige Einstellung der Bürger heraus. Sie möchten zwar die Vorteile der Globalisierung für sich nutzen, sind aber häufig nicht bereit, den damit verbundenen schärferen Wettbewerb zu akzeptieren.

Dieser intensiver gewordene Wettbewerb verlangt von Unternehmen wie Arbeitnehmern eine größere Flexibilität, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Gefordert sind namentlich eine höhere Mobilität sowie die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Sich auf diese Veränderungen einzustellen heißt gewiss nicht, das Land in eine soziale Krise zu stürzen, wie viele Kritiker unterstellen. Im Gegenteil: Die Krise kann nur dann verhindert werden, wenn es gelingt, uns im veränderten Wettbewerb, der eine unabänderliche Tatsache ist, zu behaupten. Die Voraussetzungen dafür sind im Wesentlichen gegeben. Denn dass die

deutschen Unternehmen in vielen Bereichen wettbewerbsfähig sind, zeigen nicht zuletzt die erfreulichen Exporterfolge.

Die Ausgangslage ist also keineswegs düster. Eine generelle Arbeitsplatzgarantie freilich hat es früher nicht gegeben und kann es auch künftig nicht geben. Sie wäre unserem auf Dynamik und ständigen Wandel ausgerichteten Wirtschaftssystem wesensfremd. Zu hohe Kosten waren in der Vergangenheit vor allem dort das Ergebnis, wo die Politik mit hohen staatlichen Subventionen bestehende Strukturen über längere Zeiträume zementiert hat – regelmäßig mit der Folge einer anschließend verschärften Krise mit noch größerem Beschäftigungsabbau. Bewegung auf dem Arbeitsmarkt gehört zu den notwendigen Voraussetzungen einer dynamischen Wirtschaft. Diese Dynamik hat immer wieder neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf neuen Märkten geschaffen. Dass dies seit Jahren nicht in ausreichender Zahl geschehen ist, ist vor allem Ergebnis der politisch motivierten Verzögerung des Strukturwandels. Diesen Strukturwandel zukünftig nicht zu blockieren, sondern ihn im Gegenteil zu unterstützen, stellt heute eine der großen politischen Herausforderungen dar.

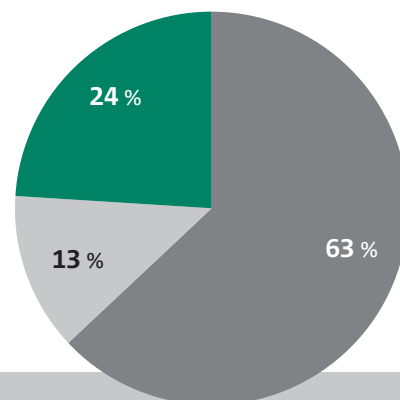
Zu meinen, eine offene Volkswirtschaft wie Deutschland könne sich gegen den internationalen Wettbewerb abschotten, wäre Realitätsverweigerung. Dennoch zielen einige aktuelle Vorhaben in diese Richtung. So liegt der beabsichtigten Ausweitung des Entsendegesetzes und der damit verbundenen Einführung von Mindestlöhnen in Branchen außerhalb der Bauindustrie ein protektionistischer Ansatz zu

Grunde. Ähnliches gilt für die deutschen Widerstände gegen die von der EU-Kommission geplante Dienstleistungsrichtlinie, die durchaus in der Logik des europäischen Binnenmarktes liegt. Internationale Arbeitsteilung und offene Märkte sind die Hauptquellen wirtschaftlichen Wachstums, gerade für Deutschland. Mit der Errichtung nationaler Schutzwälle hingegen wird kein einziger deutscher Arbeitsplatz dauerhaft gerettet, sondern lediglich der unumgängliche Strukturwandel verhindert und damit potenzielle Wettbewerbsfähigkeit preisgegeben. Auch werden so dem Verbraucher in Deutschland bessere und günstigere Angebote vorenthalten.

Wenig hilfreich für die notwendige Intensivierung internationaler Wirtschafts- und Finanzbeziehungen war ebenfalls der Vergleich von Private-Equity-Gesellschaften mit „Heuschrecken“, die über deutsche Unternehmen herfielen. Außerhalb Deutschlands ruft eine derartige Debatte im günstigsten Fall Stirnrunzeln hervor; viele Reaktionen aus dem Ausland zeigen aber, dass durchaus schwerwiegendere Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu befürchten sind. Dieser Meinung ist im Übrigen auch die klare Mehrheit der Bundesbürger: Fast zwei Drittel der Deutschen glauben, dass die Kapitalismus-Debatte dem Wirtschaftsstandort schadet.

„DIE GEGENWÄRTIGE KAPITALISMUS-DEBATTE IN DEUTSCHLAND ...“

- nutzt dem Standort eher
- schadet dem Standort eher
- weiß nicht



Quelle: BdB/ipos: Soziale Marktwirtschaft 5/2005.

Im Ausland führte die moralische Unterscheidung zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Kapital ebenso zu Irritationen wie die auch persönliche Stigmatisierung jener Finanzinvestoren, die dieses Kapital in Deutschland investieren, Unternehmen umstrukturieren und sanieren, dabei in vielen Fällen gefährdete Arbeitsplätze erhalten und sogar neue schaffen konnten. Gerade diese Finanzinvestoren haben sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Antriebsmotor beim Umbau der deutschen Wirtschaft entwickelt. Das Private-Equity-Geschäft zielt eben nicht – wie vielfach behauptet – auf die Zerschlagung von Unternehmen, sondern auf die Zuführung frischen Eigenkapitals, mit dessen Hilfe die Unternehmen wettbewerbsfähig gemacht werden. Ohne das Kapital und das Engagement von Private-Equity-Gesellschaften wäre der Strukturwandel in Deutschland längst nicht so weit gediehen, wie das heute der Fall ist. Fehlentwicklungen in Einzelfällen rechtfertigen keine pauschale Diskriminierung.

Die Kritiker liberalisierter Finanzmärkte unterschätzen darüber hinaus geradezu sträflich die Bedeutung der Kapitalmobilität für eine prosperierende Weltwirtschaft. Sie tendieren dazu, die Anleger unter den Generalverdacht zu stellen, nur kurzfristige Ziele zu verfolgen und damit zur Volatilität der Kapitalmärkte beizutragen. Dabei übersehen sie zum einen, dass sich Renditen keineswegs nur durch schnelle Mitnahmeeffekte erzielen lassen. In der Regel teilen Investoren das Interesse an langfristig rentierlichen Engagements. Zum anderen stellt sich die Frage, wo die Grenze zwischen kurzfristigen und langfristigen Ren-

ditezielen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Finanzinvestoren liegt und vor allem, wer – außer dem Markt – darüber befinden soll. Würde sich die Politik diese Schiedsrichterrolle anmaßen, wären wirtschaftliche Fehlallokationen vorprogrammiert. Es empfiehlt sich von daher eine größere Zurückhaltung der Politik bei der Beurteilung von Investitionsentscheidungen, deren Risiko andere tragen.

Offene Finanzmärkte, die den freien Zugang zu Kapital sicherstellen, sind eine unverzichtbare Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in einer modernen Volkswirtschaft. Sie bieten den Unternehmen die Möglichkeit, Mittel für Investitionen zu attrahieren, und vergrößern gleichzeitig die Wahlmöglichkeiten der Anleger. Die Vielfalt der am Kapitalmarkt angebotenen Produkte bringt die unterschiedlichen Interessen der Marktteilnehmer in Einklang. Überzogene Kontrollen und sachlich nicht gerechtfertigte staatliche Regulierungen, die die Kapitalmärkte behindern, führen letztlich zu Fehlallokationen sowie einer eingeschränkten Nutzung der Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft und höherer Arbeitslosigkeit.

Der Staat – als ordnungspolitischer Gestalter unterschätzt

Nicht erst in der jüngsten „Kapitalismus-Debatte“, dort aber noch einmal verstärkt, wird die Auffassung vertreten, der Staat werde immer mehr zum Spielball der internationalen Märkte. Der vermeintliche Verlust staatlicher Gestaltungsfähigkeit wird in erster Linie dem Standortwettbewerb – und damit indirekt den

multinationalen Unternehmen – angelastet, die mit ihrer Entscheidung über Investitionen die Regierungen gegeneinander ausspielen könnten. Bedingt durch steuerliche Zugeständnisse an Unternehmen, würden dem Staat die notwendigen Mittel fehlen, um weiterhin einen funktionsfähigen Sozialstaat und sein Angebot an öffentlichen Gütern aufrechtzuerhalten.

Ein Blick auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zeigt allerdings ein anderes Bild: Die Staatsquote in Deutschland ist weiterhin sehr hoch, noch immer fließt knapp die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts durch staatliche Kassen. Der Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge ist zwar dringend notwendig, bisher aber sehr viel zaghafter ausgefallen, als häufig unterstellt wird. Daher kann weder von einem substanziellen Sozialabbau die Rede sein, noch davon, dass der Staat nicht über genügend Einnahmen verfüge. Tatsächlich ist das Steueraufkommen des Staates – von den Sozialbeiträgen gar nicht zu reden – nicht gesunken, sondern stagniert auf hohem Niveau. Die Politik hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

Kritiker, die als Folge des Standortwettbewerbs bei den Sozialstandards ein internationales „race to the bottom“ befürchten, übersehen dabei, dass das kollektive Gut „soziale Leistungen“ mit wachsendem Wohlstand künftig auch in jenen Staaten stärker nachgefragt wird, die augenblicklich noch durch niedrige Produktionskosten Wettbewerbsvorteile haben. In der globalisierten Weltwirtschaft führen erhöhte Transparenz und eine höhere Mobi-

lität der Produktionsfaktoren allerdings dazu, dass nicht mehr nur die Wirtschaft, sondern verstärkt auch die Politik dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Um ihre Volkswirtschaften in die Lage zu versetzen, den globalen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen die Regierungen daher immer stärker auch die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Standortqualität, also die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, und damit auf Arbeitsplätze und Wohlstand ihres Landes ins Kalkül ziehen.

Die europäischen Beispiele gelungener Anpassungen zeigen jedoch, dass die Regierungen nach wie vor hinreichende Spielräume bei der Ausgestaltung ihrer jeweiligen Wirtschaftsordnung haben. Vor allem belegen diese Beispiele, dass die globalisierungsbedingten Anpassungsschritte durch eine entschlossene Reformpolitik bewältigt werden können. Selbstverständlich gibt es hier keinen Königsweg; jedes Land muss seinen eigenen Weg finden. Doch die erfolgreichen Reformmodelle machen deutlich: Die behauptete Ohnmacht des Staates und die daraus abgeleitete Forderung, den Primat des Staates wiederherzustellen, stehen im deutlichen Kontrast zu den tatsächlichen ordnungspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Der Staat – als „sozialer Daseinsfürsorger“ überschätzt

Hinter der Befürchtung, der Staat könnte seinen Aufgaben in der globalisierten Welt nicht mehr gerecht werden, stecken im Grunde dieselben Impulse, die auch zu einem Ausufer-

unserer Sozialsysteme geführt haben: eine tiefgreifende, in Jahrzehnten politisch beförderte Anspruchshaltung der Bürger gegenüber dem Staat und eine übertriebene Sehnsucht nach sozialer Gleichheit. Es kann auf Dauer nicht gut gehen, wenn dem Staat weite Teile privater Lebensrisiken überantwortet werden und der Solidargemeinschaft zunehmend soziale Leistungen aufgebürdet werden, darüber aber offenkundig vergessen wird, dass sich diese Leistungen nur durch immer höhere Beiträge jedes Einzelnen zum Gemeinwesen darstellen lassen. Ganz zu schweigen davon, dass die öffentlichen Mittel keineswegs immer effizient verwendet werden.

Der viel beklagte deutsche Reformstau hat seine Ursache nicht zuletzt in einer asymmetrischen Wahrnehmung von vermeintlichem individuellem Nutzen und gesamtwirtschaftlichen Finanzierungslasten, die von nahezu allen Parteien durch immer neue Wahlversprechen und Leistungsausweitungen über Jahrzehnte gefördert wurde. Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Risikobereitschaft müssen von daher in unserer Gesellschaft wieder einen höheren Stellenwert bekommen.

Ludwig Erhard beklagte schon zu Zeiten des Wirtschaftswunders den wachsenden Staatseinfluss und die ausufernde Bevormundung der Bürger durch den Staat. Er warnte davor, dass der allumfassende Versorgungsstaat Leistungsbereitschaft, persönliche Initiative und das Verantwortungsbewusstsein der Menschen zu lähmen drohe. Der Markt sei schon an sich sozial und müsse nicht erst durch staatliche Interventionen „sozial“

gemacht werden. Die internationale Entwicklung der Marktwirtschaft hat Erhard Recht gegeben.

Doch in Deutschland scheint diese Überzeugung zunehmend verloren zu gehen. Wie der Münchener Wirtschaftsethiker Karl Homann richtig feststellt, hat der weit verbreitete Glaube, der Markt fördere nur „die Starken“ und benachteilige „die Schwachen“, die moralischen Vorbehalte der Bürger gegenüber Markt und freiem Wettbewerb verstärkt. Solche Vorbehalte verkennen jedoch, dass Markt und Wettbewerb dem Wohl der gesamten Gesellschaft dienen – nicht zuletzt, indem sie die wirtschaftliche Basis für den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft legen. Die moralische „Verurteilung“ des Marktes verhindert, dass die dem Markt- und Wettbewerbsprinzip innewohnende Wachstumsdynamik voll ausgeschöpft werden kann. „Wir fahren die Marktwirtschaft“, so Homann, „mit angezogenen Bremsen, und bei jedem Vorschlag, die Bremsen zu lösen, werden schwere moralische Geschütze – wie ‚Sozialdarwinismus‘, ‚Ellenbogengesellschaft‘ und ‚Verletzung der sozialen Gerechtigkeit‘ – aufgefahren.“

Welches Leitbild der sozialen Marktwirtschaft brauchen wir?

Deutschland hat sich von den ursprünglichen Leitgedanken der sozialen Marktwirtschaft inzwischen weit entfernt. Marktwirtschaftliche Entscheidungsprozesse sind in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr von staatlichen Eingriffen überlagert, verzerrt oder außer Kraft gesetzt worden. Einen nicht unwesent-

lichen Beitrag dazu hat – neben den aus-
 weiteten Sozialleistungen – das seit Gründung
 der Bundesrepublik stark gestiegene Niveau
 staatlicher Subventionen geleistet. Dass das
 Volumen der Subventionen heute – je nach
 Abgrenzung des Subventionsbegriffs – jährlich
 zwischen 60 und 155 Mrd. € beträgt, macht
 deutlich, in welchem Ausmaß die Finanzhilfen
 des Staates die Bürger steuerlich belasten und
 die staatlichen Haushalte überfrachten.

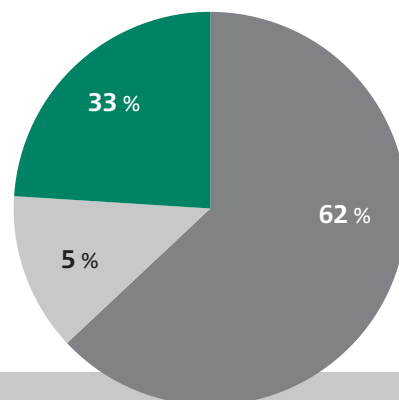
Ökonomisch gerechtfertigt und marktwirt-
 schaftlich sinnvoll sind allenfalls solche Sub-
 ventionen, die Forschungsaktivitäten oder
 Investitionen anregen, von denen positive
 externe Effekte auf Gesellschaft und Staat aus-
 gehen. Der Großteil der Subventionen in

Deutschland ist jedoch sozial- und verteilungs-
 politisch motiviert; der notwendige Struktur-
 wandel wird dadurch eher behindert als geför-
 dert. Die in veralteten, nur noch bedingt wett-
 bewerbsfähigen Wirtschaftszweigen gebun-
 denen Ressourcen stehen für notwendige
 Zukunftsinvestitionen, vor allem in Forschung
 und Bildung, nicht mehr zur Verfügung. Positi-
 ve Ansätze zur Streichung von Subventionen –
 etwa die „Koch/Steinbrück-Liste“ – sind leider
 nicht konsequent umgesetzt worden.

Auch die weit reichenden wirtschaftlichen
 Aktivitäten der Unternehmen in öffentlicher
 Hand sind mit dem ursprünglichen Leitbild
 der sozialen Marktwirtschaft kaum mehr kom-
 patibel. Diesem Leitbild entsprechend sollte

„IN DER WIRTSCHAFT WERDEN ... DINGE DURCH DEN STAAT GEREGELT“

- nicht zu viele
- zu viele
- weiß nicht



Quelle: BdB/ipos: Soziale Marktwirtschaft 5/2005.

der Staat zwar als „Schiedsrichter“ die Regeln des Wettbewerbs festlegen, selbst aber nicht am Wirtschaftsprozess teilnehmen. Doch heute ist allein der Bund direkt oder indirekt über seine Sondervermögen an über 500 Unternehmen mit insgesamt mehr als einer halben Million Beschäftigten beteiligt. Vielfach, und erst recht auf kommunaler Ebene, geht die mit dem Argument der öffentlichen Daseinsvorsorge begründete Staatstätigkeit zu Lasten der privaten Wirtschaft, obgleich diese die gleichen Leistungen in den meisten Fällen weitaus effizienter bereitstellen könnte. Ein zukunftsweisender Ansatz in diesem Zusammenhang sind Public-Private-Partnership-Modelle, also private Betreibermodelle für öffentliche Einrichtungen. Unter dem Druck leerer Kassen bei den öffentlichen Gebietskörperschaften finden sie auch in Politik und Verwaltung immer mehr Zuspruch – zu Recht, denn sie führen zu größerer Effizienz bei der Erbringung von Leistungen, die den Staat zunehmend überfordern, im Sinne einer funktionsfähigen Infrastruktur, etwa im Verkehrs- oder Bildungsbereich, aber unverzichtbar sind. Ungeachtet vielfältiger Möglichkeiten wird Public Private Partnership in Deutschland bislang aber nur unzureichend genutzt.

Die Überreglementierung vieler Märkte, der häufig zurückgedrängte Wettbewerbsgedanke und die insgesamt starke Einflussnahme des öffentlichen Sektors auf das wirtschaftliche Geschehen verdeutlichen, dass sich die Rollenverteilung zwischen Wirtschaft, Staat und Bürgern im Laufe der Zeit verschoben hat und einer neuen Justierung bedarf. Die ent-

scheidende Aufgabe der Wirtschaft ist es dabei, sich im Wettbewerb zu behaupten. Nur so ist Beschäftigung zu sichern, nur so sind neue Arbeitsplätze zu schaffen. Deutsche Unternehmen stellen sich dieser Herausforderung auf allen Märkten, auf denen sie aktiv sind, und in jedem Land, in dem sie sich engagieren. Dieser Wettbewerb ist kein schmerzfreier Prozess. Vielmehr handelt es sich, mit den Worten von Joseph Schumpeter, um einen Prozess der „schöpferischen Zerstörung“, in dem Unternehmen, die sich nicht mehr als wettbewerbsfähig erweisen, von innovativeren Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden. Dabei ist der gesamte Wirtschaftsprozess einem ständigen Wandel unterworfen: Was produziert wird, wie es produziert wird, wo es produziert wird und von wem es produziert wird, ändert sich fortlaufend. Im Ergebnis – und das ist vielen Bürgern nicht immer bewusst – führt dies dazu, dass der Wettbewerb die Produktionsfaktoren in jene Verwendungen lenkt, die die Konsumenten am Ende der Wertschöpfungskette wünschen. Letztlich sind es also die Verbraucher, an deren Präferenzen sich das gesamte Wirtschaftsgeschehen orientiert. Marktwirtschaft und Konsumentensouveränität, ja Demokratie sind – mit anderen Worten – keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille.

Die wesentliche Aufgabe des Staates besteht darin, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sie einer nachhaltig positiven Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft dienen. Dabei geht es zunächst um den allgemeinen Rechtsrahmen, etwa den Schutz der Eigentumsrechte, und darum, faire Wettbewerbs-

bedingungen sicherzustellen, so etwa den Schutz des freien Marktzugangs. Es betrifft aber auch die Herstellung von Chancengleichheit für die Bürger und die Gewährleistung einer öffentlichen Infrastruktur, etwa im Bildungs- oder Verkehrssystem. Schließlich ist auch unbestritten, dass der Staat in gewissen Grenzen als Korrektiv des Marktes auftritt, zum Beispiel dann, wenn offensichtliches Marktversagen vorliegt oder Menschen unverschuldet in Arbeitslosigkeit oder soziale Not geraten.

Ein Wachstumsgebot kennt unsere Verfassung zwar nicht, es wäre auch kaum justiziabel. Dennoch muss sich die Politik in einer sozialen Marktwirtschaft, die auch morgen noch Wohlstand ermöglichen soll, gleichsam ihrer Verantwortung für das Wirtschaftswachstum bewusst sein. Denn sie hat es letztlich in der Hand, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Wirtschaft wachsen kann, dass die Unternehmen investieren, sich im globalen Wettstreit bewähren und so Arbeitsplätze sichern und schaffen können.

Doch die ordnungspolitischen Weichenstellungen sind nur die eine Seite. Auch das in der Gesellschaft vorherrschende Unternehmerbild wirkt sich nachhaltig auf die Rahmenbedingungen aus, unter denen die Unternehmen am Markt agieren. Hier haben sich über die Jahrzehnte mentale Veränderungen ergeben, die dem Geist und der Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft entgegenstehen. So wird heute unternehmerisches Handeln, das auf Gewinn („Profit“) und Wachstum abzielt, in Deutschland häufig als mit der Idee des Sozialen unvereinbar gesehen. Dabei

bringt gerade dieses grundlegende und selbstverständliche Unternehmensziel den mit Abstand größten sozialen Nutzen für die Allgemeinheit mit sich.

Gewinne sind in einer Marktwirtschaft nicht nur eine Erfolgsprämie für eingegangene Risiken und unternehmerische Leistung. Sie sind vor allem Motor der Wirtschaft, da sie die Voraussetzung für Innovationen, Investitionen und mehr Beschäftigung darstellen. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das einmal auf die eingängige Formel gebracht: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.“ Darüber hinaus kommen die auf Gewinne und Umsätze erhobenen Steuern in Gänze der Allgemeinheit – nicht zuletzt sozialen Verwendungen, dem größten öffentlichen Ausgabenposten – zugute. Auf den Punkt gebracht: Ohne ausreichende Gewinne gibt es am Ende nur Verlierer.

Um diesen gesellschaftlichen Nutzen hervorzubringen, muss das zu Grunde liegende Motiv des Unternehmers nicht notwendigerweise altruistischer Natur sein. Die „List der Marktwirtschaft“ besteht darin, dass auch der aus eigenem Interesse nur auf den persönlichen Gewinn zielende Unternehmer, sofern sein Unternehmen erfolgreich ist und er sich an die geltenden Gesetze hält, einen Nutzen für die Gesellschaft erzeugt.

Diese einfache Logik ist oft Quelle von Verständnisschwierigkeiten. Für viele gehört neben dem geschäftlichen Erfolg zum „guten“ Unternehmer auch die „richtige“ moralische

Gesinnung. Damit wird der gesellschaftliche Nutzen des Unternehmensgewinns, quasi unter öffentlichem Druck, zum „ethisch wertvollen“ Hauptziel unternehmerischen Handelns verklärt. Das mag politisch verständlich sein, marktwirtschaftlich gesehen ist es wirklichkeitsfremd: Genauso wenig wie ein Verbraucher überteuerte oder überflüssige Waren einkaufen wird, um damit der Wirtschaft oder dem Staat einen Gefallen zu tun, genauso wenig wird jemand ein Unternehmen gründen und zum Erfolg führen, damit es der Gesellschaft oder dem Staat dadurch besser gehen möge. Das häufig als soziale Kälte missverstandene Erfolgsgeheimnis der Marktwirtschaft liegt eben gerade darin, dass sie den Eigennutz des Menschen nicht leugnet, sondern in produktive, für alle Nutzen bringende Bahnen lenkt. Die Marktwirtschaft ist damit das beste bekannte Ordnungssystem, das soziale Verantwortung mit einem hohen Niveau individueller Selbstverwirklichung verbindet.

Angesichts der volkswirtschaftlich unumstritten positiven Wirkungen von Unternehmensgewinnen dürfte es an der Notwendigkeit möglichst profitabler Unternehmen in Deutschland eigentlich keinen Zweifel geben. Doch Meinungsumfragen belegen, dass inzwischen mehr als ein Drittel der Deutschen der Meinung ist, hohe Unternehmensgewinne seien anstößig oder unmoralisch.

Entsprechend ambivalent ist das Unternehmerbild der Deutschen. Auf der einen Seite werden die Unternehmer als ökonomische Leistungsträger akzeptiert, die eine wichtige

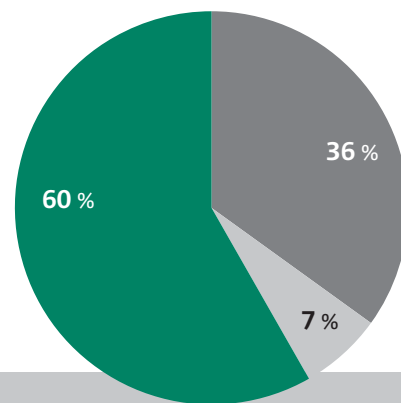
Funktion hinsichtlich der Schaffung von Wohlstand und Fortschritt in der Gesellschaft haben – und die sie natürlich auch weiterhin erfüllen sollen. Auf der anderen Seite wird aber das sozialverantwortliche Handeln der Unternehmen häufig angezweifelt. Letzteres führt leicht dazu, den Unternehmen die Voraussetzungen, die für den gewünschten Beitrag erforderlich sind, nicht zuzugestehen: nämlich die Anerkennung der Legitimität und die tatsächliche Möglichkeit der Gewinnerwirtschaftung. Überspitzt ausgedrückt: Das Missverständnis, Gewinnstreben und soziale Verantwortung stünden im Widerspruch zueinander, erschwert es den Unternehmen letztlich, der von ihnen zu Recht geforderten sozialen Verantwortung nachzukommen.

Soziales oder kulturelles Engagement oder die Förderung von Bildung und Wissenschaft sind dabei häufige zusätzliche Leistungen der Unternehmen für die Gesellschaft. Die eigentliche und unmittelbare soziale Verantwortung der Unternehmen liegt aber darin, Wertschöpfung, Wachstum, Fortschritt durch neue Erfindungen und Produkte sowie Beschäftigung zu ermöglichen. Ausreichende Gewinne sind Voraussetzung für das eine wie für das andere. Sie sind und bleiben daher auch der primäre Unternehmenszweck.

Eine weitere Quelle vieler Missverständnisse ist, dass Entwicklungen und Probleme vor allem aus der deutschen Binnenperspektive beurteilt werden, während die Unternehmen, oft bis weit in den Mittelstand hinein, international denken und sich auf die globalen Erfordernisse einstellen müssen.

„WENN UNTERNEHMEN HOHE GEWINNE MACHEN, IST DAS ...“

- nicht bedenklich
- moralisch bedenklich
- weiß nicht



Quelle: BdB/ipos: Unternehmensgewinne 6/2005.

Das Dilemma zeigt sich an den beiden aktuell sehr emotional diskutierten Themen der Managergehälter und der Höhe angestrebter Eigenkapitalrenditen besonders deutlich. So unbestritten es ist, dass Managergehälter in den vergangenen Jahren zum Teil deutlich stärker gestiegen sind als die Arbeitnehmerlöhne, so richtig ist es aber auch, dass dies hauptsächlich auf einen durch die Internationalisierung ausgelösten Angleichungsprozess zurückzuführen ist. Während die deutschen Tariflöhne seit Jahrzehnten weit über dem internationalen Durchschnitt vergleichbarer Länder liegen, ist dies bei den Gehältern deutscher Manager keineswegs der Fall. Das bedeutet nicht, dass nicht auch auf diesem Feld eine Mäßigung sinnvoll und notwendig wäre. Doch das Problem allzu großer Dis-

krepanzen bei der Entlohnung von Managern kann angesichts der globalen Unternehmensverzahnung und der Bedeutung, die das Thema im Wettbewerb um die weltweit besten Führungskräfte hat, nicht völlig ausgeblendet werden. In den USA und vielen anderen Ländern, in denen eine weniger ausgeprägte „Neidkultur“ als in Deutschland herrscht, stößt diese Problematik auf mehr Verständnis, während sie hierzulande immer wieder ausgeblendet wird.

Vor diesem Hintergrund trifft auch die Frage nach einer völligen Transparenz der Managementgehälter privater Aktiengesellschaften in Deutschland auf ein anderes gesellschaftliches Umfeld als in manchen anderen Ländern, in denen eine solche Transparenz seit

Jahren üblich ist. Wenn jene Praxis nun auch in Deutschland Eingang findet, muss das Transparenzgebot dann allerdings auch und gerade für die Managementvergütung in öffentlichen Unternehmen gelten. Öffentlicher und privater Sektor dürfen hier nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Für alle Unternehmen – und unabhängig von der Frage einer möglichen Veröffentlichungspflicht – gilt selbstverständlich auch: Über die tatsächliche Höhe der Gehälter des Managements zu entscheiden ist und bleibt die Sache der Eigentümer.

Ähnlich wie die Frage der Managergehälter stellt sich auch das Thema einer angemessenen Eigenkapitalrendite aus nationaler und internationaler Sicht unterschiedlich dar: Wenn eine angestrebte zweistellige Rendite eines global agierenden Unternehmens – etwa 15 Prozent nach Steuern – in Deutschland als unangemessen empfunden wird, sich aber das Unternehmen auch bei einer Realisierung der Zielmarke im internationalen Vergleich allenfalls im unteren Drittel der maßgeblichen Konkurrenten wiederfindet, macht dies deutlich, wie groß die Diskrepanz zwischen der nationalen Binnensicht und der Orientierung an globalen Benchmarks sein kann.

Gerade auf globalen Märkten gilt: Nur ein Unternehmen, das dauerhaft auf einer soliden Basis steht und das schon heute die Grundlage für künftigen Erfolg legt, kann auch morgen noch im Wettbewerb bestehen, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Wer diese Dynamik des internationalen Wettbewerbs missachtet und allzu kurzfristig denkt, blendet ökonomische Realitäten aus. Deshalb

handeln Unternehmen, die auf nachhaltigen Erfolg setzen, verantwortlich, selbst wenn zwischen Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen im konkreten Einzelfall nicht immer und sofort ein „linearer“ Zusammenhang erwartet werden kann.

Zweifel am gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein von Unternehmen entstehen auch dann, wenn diese als so genannte Global Players die Möglichkeit haben, sich dem nationalen Rechtsrahmen zu entziehen. Doch globaler Wettbewerb erfordert globale Präsenz und Anpassung an international unterschiedliche Bedingungen. Wenn ein Unternehmen Beschäftigung in das kostengünstigere Ausland verlagert, um auf seinen Absatzmärkten erfolgreich zu sein und damit auch Beschäftigung im Inland zu sichern, dann ist das weder „unmoralisch“ noch „unpatriotisch“, sondern eine legitime Strategie, um die Existenz des Unternehmens dauerhaft zu sichern. Mehr noch: Es ist eine verantwortungsvolle Strategie, und es wäre im Gegenteil geradezu verantwortungslos, auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung und die Nutzung verschiedener Standorte zu verzichten.

Die relevante Grenze der Legitimität unternehmerischen Handelns wird durch andere Standards gezogen: Menschenunwürdige Formen der Beschäftigung, Kinderarbeit, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, Korruption und exzessive Umweltverschmutzung sind nicht nur zu ächten, sondern hier sind auch auf internationaler Ebene wirksame rechtliche Barrieren notwendig, damit sich einzelne Unternehmen nicht durch Verletzung solcher

ethischer Normen ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschaffen können.

Deutsche Unternehmen – das ist weitgehend unbestritten – zeichnen sich auf nationaler wie auf internationaler Ebene vielfach durch vorbildliches Corporate Citizenship aus. Dass Unternehmen die regionale Entwicklung an ihren Standorten im In- und Ausland nach Kräften unterstützen – durch lokale Aktivitäten, durch Stiftungen und gemeinnützige Einrichtungen, durch soziales, kulturelles und ökologisches Engagement –, stellt eher die Regel als die Ausnahme dar. Unternehmerische und gesellschaftliche Verantwortung sind hier ganz überwiegend deckungsgleich.

Die soziale Marktwirtschaft kann auch in Zukunft unseren Wohlstand sichern

Die soziale Marktwirtschaft hat sich in Deutschland als Wirtschafts- und Sozialordnung seit mehr als einem halben Jahrhundert bewährt. Wer sie prinzipiell in Frage stellt, gefährdet die Fundamente unseres gesellschaftlichen Wohlstands und kann für sich nicht in Anspruch nehmen, damit der Allgemeinheit einen Dienst zu erweisen. Die marktwirtschaftliche Ordnung bedarf gleichwohl der ständigen Überprüfung daraufhin, ob sie nach wie vor intakt und nicht durch verschiedene dirigistische Eingriffe seitens des Staates bereits ihres Wesenskerns beraubt worden ist. Dies gilt umso mehr, als sich die heutige Praxis und das allgemeine Verständnis von sozialer Marktwirtschaft von ihren ordnungspolitischen Ursprüngen entfernt haben. Unser Bemühen

sollte daher darauf gerichtet sein, den marktwirtschaftlichen Erfolgsgaranten Eigenverantwortung, Subsidiarität, Flexibilität und Wettbewerb wieder stärkere Geltung zu verschaffen. Der Arbeitsmarkt, das Steuersystem, die sozialen Sicherungssysteme, der Abbau von Bürokratie und solide öffentliche Haushalte stellen dabei auf absehbare Zeit die wichtigsten Baustellen dar.

Die Politik kann und darf sich nicht hinter einer angeblich reformunwilligen Bevölkerung verstecken. Die in Umfragen erkennbare Bürgermeinung liefert keinerlei Argumente dafür, das Notwendige nicht anzupacken – im Gegenteil. Denn den Deutschen mangelt es nicht an Reformwillen, wohl aber inzwischen am Vertrauen in die politische Reformfähigkeit: Die seit Jahren andauernde Diskussion um den deutschen „Reformstau“ und die enttäuschten Erwartungen der Bürger gegenüber der Politik haben zu einer ausgesprochen resignativen Grundstimmung geführt, die mit „Schwarzsehen“ der tatsächlichen Verhältnisse nichts zu tun hat. Das schon seit Jahren erheblich rückläufige Vertrauen der Bürger in die soziale Marktwirtschaft zeigt dies nur zu deutlich.

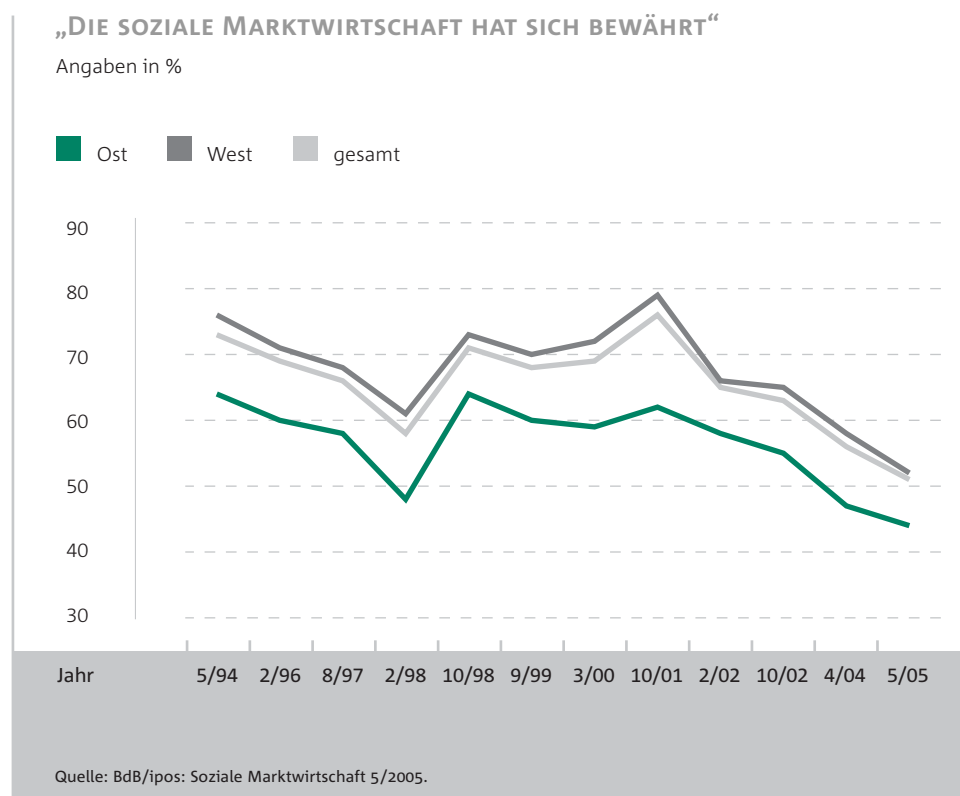
Die Politik kann nicht davon freigesprochen werden, zu diesem negativen Bild und zu dem spürbaren Ausmaß der Enttäuschung beigetragen zu haben: zum einen durch mangelhafte Kommunikation und handwerkliche Fehler bei der Umsetzung von Reformen, aber auch dadurch, dass unerfüllbare Erwartungen geweckt und im Wettlauf der politischen Parteien um die Gunst der Wähler das wirkliche Ausmaß der wirtschaftlichen Probleme häufig

kleingeredet wurde. Unlautere Versprechungen zerstören auf Dauer das Vertrauen der Menschen in Marktwirtschaft und Demokratie. Dass zwei Drittel der Deutschen meinen, die Politik sei nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, gibt einen Hinweis darauf, wie viel Vertrauenskapital hier bereits verspielt wurde.

Um in Deutschland einen wirtschaftlichen Durchbruch zu erzielen, muss zunächst und vor allem die durch Misstrauen verursachte Verunsicherung der Menschen beseitigt werden. Die „Kapitalismus-Debatte“ ist dazu gewiss kein hilfreicher Beitrag. Die Diskussion findet zum falschen Thema und mit den fal-

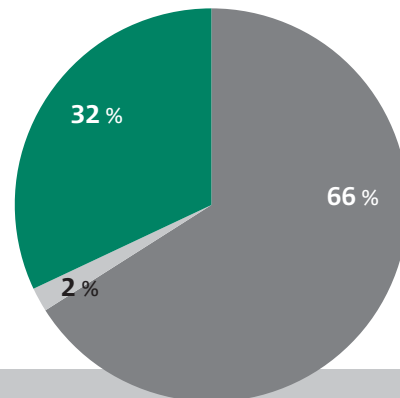
schon Schlussfolgerungen statt. Sie vergrößert die Verunsicherung der Bürger und Unternehmen noch, wodurch nicht nur weitere Reformschritte erschwert, sondern auch die ersten bescheidenen Reformerfolge im Rahmen der „Agenda 2010“ wieder gefährdet werden. Schließlich lenkt diese Diskussion – in der Art, wie sie in weiten Teilen geführt wird – davon ab, dass die wirtschaftlichen Probleme des Landes nur durch gemeinsame konkrete Reformanstrengungen, nicht durch Grundsatzdebatten gelöst werden können.

Worum es im Kern geht, macht ein Beispiel deutlich: Vor einiger Zeit wurde die australische Botschafterin in Deutschland, Pamela



„IST DIE POLITIK IN DER LAGE, DIE WIRTSCHAFTLICHEN PROBLEME
DES LANDES ZU LÖSEN?“

- ja
- nein
- weiß nicht



Quelle: BdB/ipos: Soziale Marktwirtschaft 5/2005.

Fayle, gefragt, wie es denn ihr Land geschafft habe, in wenigen Jahren die Arbeitslosenquote von 12 Prozent auf knapp 6 Prozent zu halbieren und ein reales Wachstum von immerhin rund 4 Prozent zu erreichen. Sie hat daraufhin einige in Australien verwirklichte Reformen aufgezählt, aber hinzugefügt: Das Wichtigste für den Erfolg seien nicht die einzelnen Reformen gewesen, sondern dass es gelungen sei, eine neue „Kultur der Reform“ zu schaffen. „Reform“ sei in Australien kein „dirty word“ mehr, sondern die Bürger forderten von der Politik nun Reformen ein; die Wahlaussichten von Politikern würden sich danach richten, inwieweit sie Erfolg versprechende Reformen anbieten.

Das ist das Gegenteil von dem, was sich in Deutschland vollzogen hat. Mit dem mangel-

den Vertrauen in die Reformfähigkeit und den allenfalls halbherzigen Reformanläufen ist auch der Begriff der „Reform“ in der Wahrnehmung der Deutschen inzwischen negativ belastet. Auf die Frage: „Was meinen Sie: Verbinden die meisten Leute heutzutage mit dem Begriff Reform eher etwas Gutes oder eher etwas Schlechtes?“ antworten 80 Prozent der Deutschen „eher etwas Schlechtes“! „Reform“ ist in Deutschland inzwischen also tatsächlich zu einem Unwort geworden.

Hier ist ein Mentalitätswechsel erforderlich, der nur gelingen kann, wenn die Politik mit mutigen Reformen vorangeht, wenn sie politische Führung unter Beweis stellt. Den mit der „Agenda 2010“ eingeschlagenen Reformweg nun bereits wieder abubrechen,

ja Reformen zurückzunehmen und den politischen Kurs in diesem Sinne fundamental zu verändern würde hingegen die Glaubwürdigkeit der Politik ein weiteres Mal beschädigen und die Aussichten auf wirtschaftliche Besserung weiter schmälern.

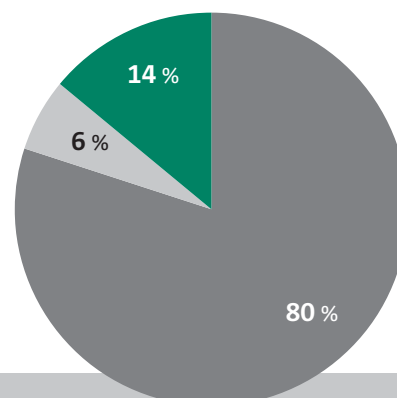
Deutschland steht vor keiner leichten Aufgabe. Die Folgeprobleme des demographischen Wandels verschärfen die Lage zusätzlich und erhöhen den Reformdruck. Wer den Eindruck erwecken wollte, es müssten nur an einigen Stellschrauben kleinere Veränderungen vorgenommen werden, damit alles wieder in Ordnung kommt, verkennt den Ernst der Lage. Deutschland muss den Beweis antreten, dass es auch unter verschärften Bedingungen zu grundlegenden wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Anpassungen in der Lage ist. Viele unserer Nachbarn in Europa haben diese Leistung bereits erbracht. Warum sollte nicht auch Deutschland dazu in der Lage sein?

Mit der „Agenda 2010“ und anderen bereits erfolgten Anpassungsschritten waren wir im Prinzip auf dem richtigen Weg. Wir sollten diesen Fortschritt nicht verspielen, sondern – darauf aufbauend – noch konsequenter und zielgerichteter in Richtung Reformen weiterarbeiten. Mit Beharrlichkeit und Ausdauer kann Deutschland die Stagnation überwinden. Dabei dürfen wir aber nicht die Geduld verlieren oder den Fehler machen, erste Erfolge zu konsumieren, bevor ein stabiles Fundament für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gelegt

„DIE MEISTEN DEUTSCHEN VERBINDEN MIT DEM BEGRIFF REFORM ...“

- etwas Gutes
- etwas Schlechtes
- weiß nicht



Quelle: BdB/ipos: Wirtschaftsstandort 4/2005.

ist. Darin liegt die große Führungsverantwortung der Politik in den kommenden Jahren.

Die soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell hat nicht versagt. Wenn wir wieder stärker zu ihren Ursprüngen zurückkehren, kann sie sogar eine neue Marktdynamik entfachen. „Die soziale Marktwirtschaft bildete“, wie der Zeithistoriker Paul Nolte jüngst formulierte, „das stabile Gerüst, an dem das Wirtschaftswunder der Bundesrepublik emporran-

ken konnte.“ Wenn wir die vor uns liegenden Herausforderungen meistern und die vorhandenen Chancen nutzen, wird sich die soziale Marktwirtschaft auch unter den Bedingungen der Globalisierung bewähren. Sie bietet den besten Weg, möglichst vielen Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft die Teilhabe am Wohlstand zu ermöglichen und diesen zu sichern. Mit rückwärts gewandten, nachweislich falsche Rezepte aufgreifenden Debatten ist hingegen niemandem geholfen.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik
 Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

- 98/1 Vanberg, Viktor J.:** Markets and Regulation – On the Contrast Between Free-Market Liberalism and Constitutional Liberalism. Published in: Constitutional Political Economy Vol. 10, No. 3, October 1999, p. 219–243.
- 98/2 Pejovich, Svetozar:** Toward a Theory of the Effects of the Interaction of Formal and Informal Institutions on Social Stability and Economic Development.
- 99/1 Vanberg, Viktor J.:** Standortwettbewerb und Demokratie. Veröffentlicht in: S. Frick, R. Penz, J. Weiß (Hrsg.): Der freundliche Staat. Kooperative Politik im institutionellen Wettbewerb, Marburg: Metropolis 2001, S. 15–75.
- 99/1A Vanberg, Viktor J.:** Globalization, Democracy and Citizens' Sovereignty: Can Competition Among Governments Enhance Democracy? Published in: Constitutional Political Economy, Vol. 11, No. 1, March 2000, p. 87–112.
- 99/2 Vanberg, Viktor J.:** Ordnungsökonomik und Ethik. Zur Interessenbegründung von Moral. Veröffentlicht in: B. Külp, V. J. Vanberg (Hrsg.): Freiheit und wettbewerbliche Ordnung, Haufe Verlagsgruppe: Freiburg, Berlin, München, 2000, S. 579–605.
- 99/2A Vanberg, Viktor J.:** Constitutional Economics and Ethics – On the Relation Between Self-Interest and Morality. Published in: G. Brennan, H. Kliemt, R. D. Tollison (eds.): Methods and Morals in Constitutional Economics – Essays in Honor of James M. Buchanan, Berlin, Heidelberg: Springer 2002, p. 485–503.
- 99/3 Cassel, Susanne:** Die Rolle von Think Tanks im US-amerikanischen Politikberatungsprozess. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 51, 2000, S. 203–230.
- 00/1 Sideras, Jörn:** Systems Competition and Public Goods Provision. Veröffentlicht in: Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Band 19, Tübingen: Mohr Siebeck, 2000, S. 157–178.
- 00/2 Vanberg, Viktor J.:** Markets and the Law. Published in: N. J. Smelser, P. B. Baltes (eds.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 14, Amsterdam et al.: Elsevier 2001, p. 9221–9227.
- 00/3 Vanberg, Viktor J.:** F. A. von Hayek. Published in: N. J. Smelser, P. B. Baltes (eds.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 10, Amsterdam et al.: Elsevier 2001, p. 6482–6486.
- 00/4 Vanberg, Viktor J.:** Der konsensorientierte Ansatz der konstitutionellen Ökonomik. Veröffentlicht in: H. Leipold, I. Pies (Hrsg.): Ordnungstheorie und Ordnungspolitik – Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 64, Stuttgart, 2000, S. 251–276.
- 00/5 Vanberg, Viktor J.:** Functional Federalism: Communal or Individual Rights? On B. S. Frey's and R. Eichenberger's Proposal for a "New Federalism". Published in: KYKLOS, Vol. 53, 2000, p. 363–386.
- 00/6 Zoll, Ingrid:** Zwischen öffentlicher Meinung und ökonomischer Vernunft: Individuelle Meinungen über Globalisierung und Wettbewerb. Veröffentlicht in: W. Ötsch, S. Panther (Hrsg.): Ökonomik und Sozialwissenschaft. Ansichten eines in Bewegung geratenen Verhältnisses, Marburg: Metropolis 2002, S. 179–210.

- 01/1 Sideras, Jörn:** Konstitutionelle Äquivalenz und Ordnungswahl. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 52, 2001, S. 103–129.
- 01/2 Märkt, Jörg:** Knut Wicksell: Begründer einer kritischen Vertragstheorie? Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 52, 2001, S. 189–214.
- 01/3 Stamm, Hansueli:** Institutioneller Rahmen des Electronic Commerce: Eine ordnungsökonomische Analyse am Beispiel der digitalen Signatur.
- 01/3A Stamm, Hansueli:** Institutional Framework of Electronic Commerce: A Constitutional Economic Analysis of the Problems With Digital Signatures.
- 01/4 Vanberg, Viktor J.:** Evolutorische Ökonomik: Homo Oeconomicus, Markt und Institutionen. Veröffentlicht in: A. Diekmann, R. Moser (Hrsg.): Evolution in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Bern, Stuttgart, Wien: Haupt 2003, S. 117–137.
- 01/5 Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice vs. Program-based Behavior: Alternative Theoretical Approaches and their Relevance for the Study of Institutions. Published in: Rationality & Society, Vol. 14, 2002, p. 7–53.
- 01/6 Vanberg, Viktor J.:** Citizens' Sovereignty and Constitutional Commitments: Original vs. Continuing Agreement. Published in: A. Breton, G. Galeotti, P. Salmon, R. Weintrobe (eds.): Rational Foundations of Democratic Politics, Cambridge: Cambridge University Press 2003, p. 198–221.
- 02/1 Vanberg, Viktor J.:** F. A. Hayek und die Freiburger Schule. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 54, 2003, S. 3–20.
- 02/2 Pelikan, Pavel:** Why Economic Policies Need Comprehensive Evolutionary Analysis.
- 02/3 Märkt, Jörg:** Armutsexternalitäten: Verfassungsökonomische Rechtfertigung einer kollektiven Grundsicherung. Veröffentlicht in: Analyse & Kritik 25, 2003, S. 80–100.
- 02/4 Märkt, Jörg:** Zur Methodik der Verfassungsökonomik: Die Aufgabe eines vertragstheoretisch argumentierenden Ökonomen.
- 02/5 Vanberg, Viktor J.:** Rationalitätsprinzip und Rationalitätshypothesen: Zum methodologischen Status der Theorie rationalen Handelns. Veröffentlicht in: H. Siegenthaler (Hrsg.): Rationalität im Prozess kultureller Evolution. Rationalitätsunterstellungen als eine Bedingung der Möglichkeit substantieller Rationalität des Handelns, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 33–63.
- 02/6 Schnellenbach, Jan:** The Evolution of a Fiscal Constitution – When Individuals are Theoretically Uncertain. Published in: European Journal of Law & Economics, Vol. 17, 2004, p. 97–115.
- 02/7 Wohlgemuth, Michael:** Schumpeterian Political Economy and Downsian Public Choice: Alternative economic theories of democracy.
- 02/8 Fischer, Christian:** Europäisierung der nationalen Zivilrechte – Renaissance des institutionellen Rechtsdenkens?
- 03/1 Vanberg, Viktor J.:** Die Verfassung der Freiheit: Zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratie. Veröffentlicht in: N. Berthold, E. Gundel (Hrsg.): Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart: Lucius & Lucius 2003, S. 35–51.

- 03/2 Goldschmidt, Nils/Berndt, Arnold:** Leonhard Miksch (1901–1950) – A Forgotten Member of the Freiburg School.
- 03/3 Vanberg, Viktor J.:** The Rationality Postulate in Economics: Its Ambiguity, its Deficiency and its Evolutionary Alternative. Published in: *Journal of Economic Methodology*, Vol. 11, 2004, p. 1–29.
- 03/4 Nau, Heino Heinrich:** Reziprozität, Eliminierung oder Fixierung? Kulturkonzepte in den Wirtschaftswissenschaften im Wandel. Veröffentlicht in: G. Blümle u.a. (Hrsg.): *Perspektiven einer kulturellen Ökonomik*, Münster: Lit-Verlag 2004, S. 249–269.
- 03/5 Pelikan, Pavel:** Bringing Institutions into Evolutionary Economics: Another View with Links to Changes in Physical and Social Technologies.
- 03/6 Vanberg, Viktor J.:** Bürgersouveränität und wettbewerblicher Föderalismus: Das Beispiel der EU. Veröffentlicht in: W. Schäfer (Hrsg.): *Zukunftsprobleme der europäischen Wirtschaftsverfassung*, Berlin: Duncker & Humblot 2004, S. 51–86.
- 03/7 Vanberg, Viktor J.:** The Status Quo in Contractarian Constitutionalist Perspective. Published in: *Constitutional Political Economy*, Vol. 15, 2004, p. 153–170.
- 03/8 Dathe, Uwe/Goldschmidt, Nils:** Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena. Veröffentlicht in: *ORDO*, Bd. 54, 2003, S. 49–74.
- 03/9 Buchanan, James M:** Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics.
- 03/10 Goldschmidt, Nils:** Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt, M. Wohlgemuth (Hrsg.): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen: Mohr Siebeck 2004, S. 63–95.
- 04/1 Wohlgemuth, Michael:** The Communicative Character of Capitalistic Competition. A Hayekian response to the Habermasian challenge.
- 04/2 Vaubel, Roland:** Reformen der europäischen Politikverflechtung.
- 04/3 Vanberg, Viktor J.:** Austrian Economics, Evolutionary Psychology and Methodological Dualism: Subjectivism Reconsidered. Published in: R. Koppl (ed.): *Evolutionary Psychology and Economic Theory (Advances in Austrian Economics, Vol. 7)*, Amsterdam et al.: Elsevier 2004, p. 155–199.
- 04/4 Commun, Patricia:** Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten.
- 04/5 Frey, Bruno S.:** Direct Democracy for a Living Constitution.
- 04/6 Vanberg, Viktor J.:** Sozialstaatsreform und ‚soziale Gerechtigkeit‘. Veröffentlicht in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 45, 2004, S. 173–180.
- 04/7 Wohlgemuth, Michael/Sideras, Jörn:** Globalisability of Universalisability? How to apply the Generality Principle and Constitutionalism internationally.
- 04/8 Albert, Hans:** Wirtschaft, Politik und Freiheit. Das Freiburger Erbe. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 405–419.
- 04/9 Goldschmidt, Nils/Klinckowstroem, Wendula Gräfin v.:** Elisabeth Liefmann-Keil. Eine frühe Ordoliberale in dunkler Zeit. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.): *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 177–204.

- 04/10 Vanberg, Viktor J.:** Market and State: The Perspective of Constitutional Political Economy. Published in: Journal of Institutional Economics, Vol. 1 (1), 2005, p. 23–49.
- 04/11 Vanberg, Viktor J.:** The Freiburg School: Walter Eucken and Ordoliberalism.
- 04/12 Goldschmidt, Nils:** Alfred Müller-Armack and Ludwig Erhard: Social Market Liberalism.
- 04/13 Arnim, Hans Herbert von:** Reformen des deutschen Parteiensystems.
- 04/14 Blankart, Charles B.:** Reform des föderalen Systems.
- 04/15 Zintl, Reinhard:** Zur Reform des Verbändestaates.
- 05/1 Eith, Ulrich/Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51–70.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof.
- 05/3 Zweynert, Joachim/Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdlerace. The case of migration politics in Germany.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter/Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.

